

Lohnverzicht reduziert Altersrente.

Verzicht auf Arbeitslohn und Lohnkampf reduziert die Altersrente und erhöht die Kapitalvermögen der deutschen Bourgeoisie und Administration.

Die Entwicklung der Arbeitslöhne bildet über das Umlageverfahren die Grundlage zur Finanzierung der aktuellen Renten und durch die individuelle Lohnhöhe entsprechend dem Äquivalenzprinzip von Beiträgen und Leistung wird der spätere individuelle Rentenanspruch festgelegt.

Dass nur ein "guter Lohn" im Kapitalismus auch zu einer "guten Rente" führt, sollte vor diesem Hintergrund eine Binsenweisheit sein. So muss eine entsprechende Lohnsumme vorhanden sein, um die laufenden Renten bezahlen zu können und den Rentenbeitrag auf einem 'akzeptablen' Niveau zu halten, und der 'individuelle' und/oder kollektive Arbeitslohn sollte eine bestimmte Höhe erreichen, um im Alter eine auskömmliche Rente sicherzustellen.

Die Lohnentwicklung und der Rückgang der Lohnquote haben die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung erheblich eingeschränkt. Durch die Kopplung der Rentenzuwächse an die allgemeine Lohnentwicklung sind nicht nur die Löhne, sondern auch die Renten hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben. Beispielsweise: In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe, im Handel, in Banken und Versicherungen um 35 Prozent gestiegen, die Reallöhne sind aber im gleichen Zeitraum um 7 Prozent gesunken (Harry Nick, Ökonom, ND, 12.03.2010, S.8.). Zugleich führt ein sich ausbreitender Niedriglohnsektor dazu, dass immer mehr Menschen im Alter nur noch Minirenten beziehen und Altersarmut zu einem Massenphänomen wird (Zeitarbeit und Leiharbeit, "Befristungsketten" - Kettenverträge statt Kündigungsschutz etc.).

Seit Mitte der 1990er Jahre weist die Lohnquote (Lohneinkommen am 'Volkvermögen') eine fallende Entwicklung auf und ist in den letzten Jahren abgestürzt. Zugleich haben die Kapital- und Vermögenseinkommen kräftig zugelegt und einen historischen Höchststand erreicht (Schäfer 2008). Die 'Lohnerhöhungen' in den letzten Jahren waren kaum mehr in der Lage, den Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätszuwächsen auszuschöpfen. Im Ergebnis des Verzichts auf die Durchsetzung von Interessen der Lohnarbeit kam es zu einer massiven Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen.

Eine stabile Lohnentwicklung bildet eine wesentliche Voraussetzung für ein stabiles Rentensystem. Umso wichtiger ist es, einen weiteren Verfall der Lohnquote (am 'Volkseinkommen') zu stoppen und eine Trendwende in der Lohnpolitik - auch durch Arbeitskampf-Maßnahmen - durchzusetzen, sodass zukünftig die Arbeitslöhne ansteigen. Anm.: Durch die so genannten "Rentenreformen" gilt de facto die Beitragsstabilität nur für die Unternehmenseite ('Arbeitgeberseite'), da die Lohnarbeiter ('Arbeitnehmer', Frauen und Männer in Lohnarbeit) zur Sicherung ihres Lebensstandards im Alter gezwungen werden, zusätzliche "private Rentenvorsorge" zu betreiben. Der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik wurde offiziell mit den in Deutschland angeblich extrem hohen "Lohnnebenkosten" begründet, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gefährden würden (siehe hierzu zur geistigen Manipulation und Argumentation beim BDA, Dr. Hundt und Kapital-Verbänden etc.).

Richtig ist: In der Realität gibt es beim Export- und Kapitalmeister Deutschland (noch) keine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. / Seit der Jahrtausendwende ist Deutschland das einzige Land in Europa, in dem die (bereinigten) realen Lohnkosten (Löhne plus "Lohnnebenkosten") zurückgegangen sind (Th. Schulzen 2008).

Deutschland befindet sich in Europa auf einer lohnpolitischen Schlusslichtposition (Sozial- und Spezialdemokratie, Sozialpartnerschaft und reale Klassenversöhnungs- und Gesellschaftspolitik).

Die Beschäftigten der Lohnarbeit haben bereits 2008 im fünften Jahr in Folge Reallohnverluste hingenommen. In anderen europäischen Staaten sind die Reallöhne hingegen teilweise kräftig

angestiegen, sodass sich die (preisliche) Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen (u.a. im BDI, BDA / in Monopol-Verbänden und Konzernen etc.) permanent erhöht hat. Vor diesem realen Hintergrund wäre eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für die deutschen Unternehmen finanzierbar, ohne dass dies zu (größeren) Wettbewerbsverlusten führen müsste.*

*Hierzu führt Th. Schulten an: Nach Berechnungen (Steffen 2007) könnte im Jahre 2030 bei einem paritätisch finanzierten Beitragssatz von etwa 28 % auch ohne Zusatzversorgung ein Lebensstandard sicherndes Alterseinkommen finanziert werden.

Niedriglohnsektor: Die größte Herausforderung für das deutsche Rentensystem ist mit dem rasanten Anstieg des Niedriglohnsektors verbunden. In keinem anderen europäischen Land ist die Anzahl der Niedriglohnempfänger so stark angewachsen wie in Deutschland (Demagogie der Sozialpartnerschaft der Spezialdemokratie und Verzicht auf Kampfmaßnahmen der Lohnarbeit). Zwischen 1995 und 2005 hat sich der Anteil der Niedriglohnempfänger von 15 % auf 22 % erhöht (1). Heute arbeiten mehr als 6,5 Millionen Beschäftigte der Lohnarbeit im Niedriglohnsektor. Die 'Deutschland AG' verfügt damit über den größten Niedriglohnsektor in Europa und nähert sich den US-amerikanischen Verhältnissen an. / Im "Durchschnitt" verdiente 2006 ein Niedriglohnempfänger 6,89 Euro in Westdeutschland und 4,86 Euro in Ostdeutschland. Es gibt mehr als 1,3 Millionen sogenannte "Aufstocker", deren Arbeitseinkommen so niedrig ist, dass sie ergänzende Sozialleistungen nach "Hartz IV" beziehen. Die Anzahl derjenigen, die Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen haben, ist wesentlich höher (zusätzlich, mehr als 550.000) / 14,3 % aller Vollzeitbeschäftigten bekommen einen Niedriglohn, bei den Teilzeitbeschäftigten 23,4 %, bei den geringfügig Beschäftigten 91,7 %. - Im Niedriglohnsektor sind gering qualifizierte, weibliche und ausländische Beschäftigte (Herkunft) deutlich überrepräsentiert. - Aufstiegschancen: Die Mehrzahl der Niedriglohnbeschäftigten verharrt im Niedriglohnsektor und/oder wechselt zwischen Niedriglohn- und Nichterwerbsarbeit (Arbeitslosigkeit). Die geringe Aufstiegsmöglichkeit führt insgesamt dazu, dass die Mehrheit der (heutigen) Niedriglohnempfänger im Alter ebenfalls nur eine geringe Rente beziehen wird, die deutlich unterhalb des Existenzminimums liegt (Leistungen zur Grundsicherung etc.). /

Die OECD hat bereits 2007 vor einem starken Anstieg der Altersarmut in Deutschland gewarnt.

Die OECD gelangt zu dem Ergebnis, dass Niedriglohnempfänger in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen OECD-Staaten die geringsten gesetzlichen Rentenansprüche haben. Anm.: Die sogenannte Nettoersatzquote der Altersrente beträgt in Deutschland 53,4 %. In Großbritannien 66,1 % und in Dänemark bis zu 132,7 % (siehe Quelle). / Im Unterschied zu Deutschland liegt in den meisten europäischen Ländern die Nettoersatzquote bei Niedriglohnempfänger deutlich höher als bei Durchschnittsverdienern (siehe Quelle). - "Private Altersvorsorge": Für viele Niedriglohnempfänger, deren Rentenanspruch unterhalb der Grundsicherung liegt, lohnt sich kaum eine zusätzliche "private Altersvorsorge", da die 'gewonnenen' zusätzlichen Rentenansprüche voll auf die Grundsicherung angerechnet werden (siehe Quelle).

Mindestlöhne und Grundsicherung im Alter (2009)*

MindestlohnBruttolohn pro Std./€	7,50	9,47
Bruttolohn pro Monat/€**	1.252,50	1.581,49
Entgeltpunkte pro Jahr***	0,4867	0,6146
Aktueller Rentenwert (netto)	24,45	24,45
Netto-Rente pro Monat nach 45 Beitragsjahren in €	535,49	676,21
Grundsicherung im AlterRegelleistung pro Monat in €	359,00	
Kosten der Unterkunft pro Monat/€	317,00	
SGB XII-Gesamtbedarf pro Monat in €	676,00	

*berechnet aufgrund der aktuellen Werte für das 2. Halbjahr 2009 für einen allein stehenden Arbeitnehmer ohne Kinder in Westdeutschland

** bei einer 38,5 Std.-Wo. (= 167 Std. pro Monat)

*** bei einem 'durchschnittlichen' Jahreseinkommen von 30.879 €

Übernahme / Quelle: Berechnung von Johannes Steffen / 'Arbeitnehmerkammer' Bremen

Fazit: Die Funktionsfähigkeit des deutschen Rentensystems ist auf eine (reformistisch) stabile Entwicklung der Löhne (nach oben) angewiesen. Die Löhne bilden die Basis zur Finanzierung des Rentensystems und entscheiden 'individuell' über den jeweiligen Rentenanspruch.

Die zunehmende Ausbreitung der Altersarmut durch eine wachsende Anzahl von Geringverdienern kann nur durch eine gesellschaftspolitische Begrenzung des Niedriglohnsektors bekämpft werden.

Ein gesetzlicher/staatlicher Mindestlohn im Kapitalismus allein kann die Probleme nicht lösen.

Notwendig ist ein umfassendes (auch gewerkschaftliches) Kampfprogramm und "Reformprogramm" zur "Ent-Prekarisierung" und "Re-Stabilisierung" von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen. -

Es steht nach wie vor eine offensive Wende in der Lohnpolitik und Gesellschaftspolitik auf der Tagesordnung.

Quelle: WSI-Diskussionspapiere. Guter Lohn für gute Rente. Von Dr. Thorsten Schulten. WSI-Diskussionspapier Nr. 164, Juni 2009. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung (HBS), Düsseldorf.

1) Als Niedriglohnempfänger wird nach der OECD-Definition ein Beschäftigter bezeichnet, der weniger als zwei Drittel des Medianlohns erhält. Im Gegensatz zum Durchschnittslohn (Berechnung durch das arithmetische Mittel aller Löhne), handelt es sich beim Medianlohn um den mittleren Lohn, bei dem 50 % aller Beschäftigten mehr und 50 % aller Beschäftigten weniger verdienen (Anm. bei Th. Schulden). HBS/WSI: http://www.boeckler.de/pdf/p__wsi__164.pdf

Empfehlung:

A) Klassengesellschaft und Vermögensverteilung (auch Kapitalvermögen) in Deutschland.

http://www.debatte.info/fileadmin/download/rschramm_10052009.pdf

B) Lohndifferenz - "mit" und "ohne" Tarifvertrag!

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/niedrtarif.pdf>

Merke: "Höhere Löhne für höhere Renten" erkämpfen!

21.03.2010 / Reinhold Schramm